

„Werden die Lage mit Argusaugen beobachten“

Grenzkontrollen: MP Paasch führt Gespräche im In- und Ausland

Mit Skepsis blickt Ministerpräsident Oliver Paasch auf die seitens der deutschen Bundesregierung initiierten und seit Montag stattfindenden Kontrollen an den deutsch-belgischen Grenzübergängen. „Wir werden zudem mit Argusaugen beobachten, welche Auswirkungen die Einführung von Grenzkontrollen haben werden. Wir stehen im Dialog mit den Botschaften und zuständigen Behörden. Und ich sage in aller Deutlichkeit: Wir behalten uns das Recht vor, die Interessen der Grenzgänger mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen“, machte der DG-Regierungschef seine Position am Montag auch im Rahmen der Regierungserklärung im Parlament deutlich.

„Wir wollen nie wieder Grenzschießungen, dauerhaft eingerichtete stationäre Grenzkontrollen oder europafeindliche Situationen erleben, wie wir sie während der Pandemie durchleiden mussten. Wir setzen uns dafür ein, dass das Schengener Abkommen, das im kommenden Jahr seinen 40. Geburtstag feiert, nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der Praxis eingehalten wird“, so Paasch.

Er stehe diesbezüglich in Kontakt mit dem belgischen Premierminister Alexander De Croo und Innenministerin Annelies Verlinden. Auch ein Gespräch mit Außenministerin Hadja Lahbib werde anberaumt, „... um gegebenenfalls gemeinsame Initiativen zu ergreifen, sollte es zu größeren Beeinträchtigungen des kleinen Grenzverkehrs kommen“.

Entscheidungsträger in den Hauptstädten seien sich oft nicht dessen bewusst, welchen Schaden sie mit solchen Beschlüssen in den Grenzregionen anrichteten. So würden stationäre Grenzkontrollen beispielsweise nicht nur das Leben tausender Grenzgänger beeinträchtigen, sondern auch einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden in den betroffenen Ländern verursachen.

„Solche Entscheidungen können zudem einen Domino-Effekt auslösen, den am Ende niemand mehr kontrollieren kann und der die Grundwerte der Europäischen Union gefährden könnte. Wir haben uns nach der Pandemie in Europa gegenseitig versprochen, dass Schengen nicht mehr in Frage gestellt werden dürfe, daran sollten

sich alle Mitgliedsstaaten halten. Das muss ganz besonders auch für den größten Mitgliedsstaat gelten“, so Oliver Paasch.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be